



Per E-Mail

Bundesamt für Polizei

Nussbaumstrasse 29

3003 Bern

olivier.wuilloud@fedpol.admin.ch

Genehmigung und Umsetzung des mit der Europäischen Union geschlossenen Abkommens über die Prümer Zusammenarbeit, des Eurodac-Protokolls und des mit den Vereinigten Staaten von Amerika geschlossenen Abkommens über die Zusammenarbeit zur der Prävention und Bekämpfung schwerer Straftaten

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns für die Möglichkeit zur Stellungnahme, die wir gerne wir folgt wahrnehmen:

1 Grundsätzliche Bemerkungen

Die SP Schweiz unterstützt die internationale Zusammenarbeit zur Aufdeckung von Straftaten im Grundsatz und sieht den dahinter stehenden Nutzen für eine effiziente und erfolgreiche Strafverfolgung zur Sicherheit der Bürger/innen¹. Dabei müssen unserer Ansicht nach dabei jedoch stets der Datenschutz der Betroffenen und die Rechtsstaatlichkeit sichergestellt sein. Vor diesem Hintergrund beurteilen wir die drei Abkommen kritisch und erachten die Sicherstellung des Datenschutzes und der Rechtsstaatlichkeit in deren Umsetzung als zentral (siehe dazu nachfolgend unter Ziff. 2). Besonders problematisch sehen wir diesbezüglich die Situation bei der Umsetzung des PCSC mit den Vereinigten Staaten (siehe dazu nachfolgend unter Ziff. 2.2.).

¹ Vgl. Erläuternder Bericht, S. 6.

2 Kommentar zu den einzelnen Abkommen

2.1 Prümer Zusammenarbeit / Eurodac-Protokoll

Die SP Schweiz steht zur europäischen Zusammenarbeit in der Strafverfolgung. Dabei stehen für uns die Einhaltung der Grundrechte sowie das Vermeiden der Ausnutzung von unterschiedlichen einzelstaatlichen Regelungen durch Kriminelle im Zentrum.² Vor diesem Hintergrund sehen wir einerseits den Nutzen des Abschlusses der Abkommen über die Prümer Zusammenarbeit und des Eurodacs-Protokoll insbesondere zur Vereinfachung von Schnittstellen mit den Schengen- und Dublin-Abkommen. Allerdings ist für uns dafür eine verbesserte Kontrolle der Sicherstellung des Datenschutzes in der innerstaatlichen Umsetzung notwendig. Die SP Schweiz fordert deshalb die Erwähnung des EDÖB als nationale Kontrollbehörde zur Überwachung der Einhaltung der Datenschutzbestimmungen bei der Anwendung dieser beiden Abkommen, wie es die dafür massgebende EU-Verordnung 603/2013 in ihrem Artikel 30(1) vorsieht.³

2.2 PCSC-Abkommen

Kritischer steht die SP Schweiz zum Abkommen zur Verhinderung und Bekämpfung schwerer Straftaten mit den Vereinigten Staaten. Zwar macht auch hier eine bilaterale Zusammenarbeit grundsätzlich Sinn. Ebenfalls sehen wir den Zusammenhang zwischen dem Abschluss dieses Abkommens und der Teilnahme am Visa Waiver-Programm zur Erleichterung der Reisen von Schweizer Bürger/innen in die USA.⁴ Allerdings gilt es zu Bedenken, dass der Bundesrat selbst den Abschluss des PCSC-Abkommens aus betrieblicher Sicht nicht als absolut unerlässlich erachtet.⁵ Zudem bestehen wesentliche Bedenken im Hinblick auf die Einhaltung von Datenschutz und Rechtsstaatlichkeit durch die USA bei der Anwendung dieses Abkommens: So hat sich die APK-N bei der Diskussion über die Verabschiedung des Verhandlungsmandates auch besorgt gezeigt über die Sicherstellung des Datenschutzes bei diesem Abkommen.⁶ Ebenso hat der EDÖB festgestellt, dass bei der Anwendung dieses Abkommens Persönlichkeitsverletzungen für die betroffenen Personen nicht auszuschliessen sind.⁷ Deshalb muss bei der Umsetzung dieses Abkommens der Datenschutz der Betroffenen sichergestellt werden. Im Hinblick auf die Sicherstellung der Rechtsstaatlichkeit fordert die SP Schweiz, dass die Schweiz auf einen Datenaustausch an die amerikanischen Strafverfolgungsbehörden verzichtet, wenn von Seiten der Vereinigten Staaten keine Zusicherung eines Verzichts auf die Verhängung der Todesstrafe gegen die betroffene Person vorliegt. Wir verweisen diesbezüglich auf die entsprechende Vernehmlassungsantwort von Amnesty International Schweiz, deren Forderung wir vollumfänglich unterstützen.

² Vgl. Europaplattform SP Schweiz, März 2006, S. 8, 10.

³ Siehe Erläuternder Bericht, S. 13.

⁴ Vgl. Erläuternder Bericht, S. 11.

⁵ Siehe Erläuternder Bericht, S. 9.

⁶ Siehe Medienmitteilung der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrates vom 20.3.2012.

⁷ Tätigkeitsbericht Eidgenössischer Datenschutz- und Öffentlichkeitsbeauftragter 2012/2013, Abkommen mit den Vereinigten Staaten über den Verbleib der Schweiz im Visa-Waiver-Programm.

Wir bitten Sie, unsere Anliegen bei der Überarbeitung der Vorlagen zu berücksichtigen.

Mit freundlichen Grüßen

SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DER SCHWEIZ

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Levrat', with a long, sweeping horizontal stroke at the end.

Christian Levrat
Präsident

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Claudio Marti', with a stylized, cursive script.

Claudio Marti
Politischer Fachsekretär